



Foto: Dietmar Mathis

Foto: Dietmar Mathis

Novelle

Zadra: Kahlschlag im Naturschutz

Die geplante Naturschutznovelle sorgt weiter für Wirbel. Für Daniel Zadra (Grüne) ist die Änderung „nichts anderes als ein Kahlschlag im Naturschutz“. Bisher habe es im Naturschutz immer einen parteiübergreifenden Konsens gegeben, jetzt fahren ÖVP und FPÖ „mit den Baggern auf“.

30.06.2026 12.21

Besonders unverständlich ist laut Zadra, dass das Naturschutzgesetz ursprünglich unter der ÖVP-Alleinregierung zustande kam, der damalige Landesrat Erich Schwärzler war federführend.



Regierung will Naturschutzgesetz umkrempeln

„Aus kühl wird heiß“

Sollte die Novelle wie geplant kommen, müsste erst ab einer Fläche von 2.000 Quadratmetern eine Bewilligung zur Bebauung eingeholt werden. Bei einer Pressekonferenz steckte Zadra genau diese Fläche ab – es gehe um die Größenordnung von etwa drei Tennisplätzen mit Auslaufläche. „Aus Grün wird Asphalt, aus kühl wird heiß. Und das in einer Zeit, in der wir jeden Baum, jede Grünfläche dringend brauchen, damit das Leben auch in Hitzeperioden erträglich bleibt“, so Zadra. Die Novelle mache die Bebauung leichter, Photovoltaikanlagen müssen indes künftig bewilligt werden – „Das ist geradezu absurd.“



Foto: ORF Vorarlberg

Grüne haben 2.000 Quadratmeter abgesteckt

Die Novelle geht nun in Begutachtung, im Herbst soll im Landtag abgestimmt werden. Zadra hofft noch auf ein Umdenken der Landesregierung. „Ich appelliere an die ÖVP und die FPÖ ihre Schöpfungsverantwortung wahrzunehmen und diesen Kahlschlag unserer wertvollen Natur zu stoppen.“

Widerspruch von ÖVP und Wirtschaft

ÖVP und Wirtschaftskammer reagierten am Dienstag mit erneuten Aussendungen auf die Kritik der Grünen. VP-Klubobfrau Veronika Marte schrieb: „Wer aus jeder Verwaltungsvereinfachung einen Kahlschlag im Naturschutz konstruiert, zeigt vor allem eines: wenig Verständnis für die Notwendigkeiten unserer Zeit!“ Der Spartenobmann für Gewerbe und Handwerk in der Wirtschaftskammer teilte mit: „Wer in gewidmetem Baugebiet investiert, braucht verlässliche und verhältnismäßige Verfahren – keine unnötigen Doppelgleisigkeiten.“ Der Schutz

ökologisch besonders sensibler Gebiete und geschützter Arten bleibe
uneingeschränkt erhalten.

red, vorarlberg.ORF.at